



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 9. Wahlperiode, 1975-1976

XX.XX.1977 - Drucksache 9/589

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 25. August 1977

Berufsaussichten junger Juristen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Volljuristen stehen zur Zeit in Bremen als
 - Richter
 - Staatsanwälte
 - Rechtsanwälte und Notare
 - Verwaltungsjuristenim Berufsleben?
2. Mit wie vielen Assessoren bzw. Absolventen der einphasigen Juristenausbildung wird in den Jahren 1978 bis 1982 gerechnet?
3. Wie hoch kann der durchschnittliche jährliche Ersatzbedarf für die in Bremen aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Juristen angesetzt werden?
4. Wie groß war der Zuwachs an Anstellungsmöglichkeiten für Richter, Staatsanwälte Verwaltungsjuristen in den Jahren 1970 bis 1976 (insgesamt und jährliche Entwicklung)?
5. Wie viele Rechtsanwälte waren jeweils in den Jahren 1970 bis 1976 in Bremen zugelassen?
6. Wie viele Volljuristen sind zur Zeit als Steuerbevollmächtigte, Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer zugelassen?
7. Welche Bedarfsprognose für Volljuristen stellt der Senat für die Jahre 1978 bis 1985 auf?
8. Wie ist sichergestellt, daß die Ausbildungskapazität für die erfolgreichen Absolventen des 1. juristischen Staatsexamens und der einphasigen Ausbildung ausreicht?
9. Ist der Senat der Auffassung, daß unter Berücksichtigung der beschränkten Ausbildungskapazität der Gerichte und Behörden die Chancengleichheit zwischen Auszubildenden in der ein- und zweiphasigen Ausbildung nicht beeinträchtigt werden darf?
10. Ist aufgrund der Entwicklung der vergangenen Jahre zu erwarten, daß die Zahl der juristischen Studienanfänger in Bremen ansteigt?

von Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP

D a z u

Antwort des Senats vom 5. September 1977

Zu Frage 1:

Am 1. September 1977 standen im Dienst des Landes und der Stadtgemeinde Bremen
207 Richter,
55 Staatsanwälte,
141 Verwaltungsjuristen,
im Berufsleben.

Bei den Gerichten des Landes Bremen waren zu diesem Zeitpunkt 522 Rechtsanwälte zugelassen. Von diesen sind 224 gleichzeitig Notare. In die Zahl der zugelassenen Rechtsanwälte sind auch solche einbezogen, die als sogenannte Syndikusanwälte sowie als Angestellte im öffentlichen Dienst oder Beamte auf Probe (§§ 46 und 47 der Bundesrechtsanwaltsordnung) nicht oder nicht in erster Linie als Rechtsanwalt berufstätig sind.

Zu Frage 2:

1978	113
1979	117
1980	137
1981	208
1982	198

Zu Frage 3:

Der durchschnittliche jährliche Ersatzbedarf für die in Bremen aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Richter, Staatsanwälte und Verwaltungsjuristen kann, bezogen auf den Zeitraum von 1978 bis 1985, auf 8 angesetzt werden. Nach Angaben der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Bremen kann als Ausgleich für die jährlich anfallenden Löschungen die Neuzulassung von etwa 25 Rechtsanwälten angesehen werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in dieser Zahl die Fälle des Zulassungswechsels in ein anderes Bundesland mit einbezogen sind. Dagegenzurechnen sind die aus einem anderen Bundesland nach Bremen überwechselnden Rechtsanwälte. Genaueres Zahlenmaterial läßt sich insoweit nur mit erheblichem Zeitaufwand ermitteln. Zieht man die Altersstruktur der bremischen Rechtsanwaltschaft in Rechnung, so dürfte der durchschnittliche jährliche wirkliche Ersatzbedarf um etwa 10 liegen.

Zu Frage 4:

Der Zuwachs an Anstellungsmöglichkeiten für Richter, Staatsanwälte und Verwaltungsjuristen ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle über die Entwicklung der Planstellen.

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Richter	168	169	178	183	187	195	198
Staatsanwälte	30	31	36	41	44	48	48
Verwaltungsjuristen	115	109	116	120	135	139	141

Zu Frage 5:

Nach dem Stand von jeweils dem 1. Januar waren zugelassen:

1970	366
1971	366
1972	381
1973	384
1974	395
1975	428
1976	453
1977	490

Zu Frage 6:

Von den zur Zeit in Bremen zugelassenen Steuerbevollmächtigten und Steuerberatern (insgesamt 500) sind neun Volljuristen.

Von den in Bremen zugelassenen Wirtschaftsprüfern (insgesamt 63) sind vier Volljuristen.

Zu Frage 7:

Eine Bedarfsprognose läßt sich nur für die Bereiche der Richter, Staatsanwälte und Verwaltungsjuristen erstellen. Für die übrigen Bereiche lassen sich Bedarfsprognosen nicht abgeben.

Der Bedarf setzt sich zusammen aus dem Ersetzungsbedarf (Antwort zu Frage 4) und dem Zuwachsbedarf. Dabei ist Grundlage, daß einmal bei dem Ersetzungsbedarf die ausscheidenden Volljuristen wieder durch Volljuristen ersetzt werden, zum anderen ist bei dem Zuwachsbedarf die Trendentwicklung der Jahre 1970

bis 1977 (Status-quo-Prognose) zugrunde zu legen. Auf dieser Grundlage stellt sich die Bedarfsprognose für die Jahre 1978 bis 1985 für die Bereiche der Richter, Staatsanwälte und Verwaltungsjuristen wie folgt dar:

Ersatz- und Zuwachsbedarf an Volljuristen für die Bereiche der
Richter, Staatsanwälte und Verwaltungsjuristen

1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
	17	19	20	18	22	18	19	19

Zu Frage 8:

Ausbildungskapazität ist nicht beliebig vermehrbar. Sie hängt von der gegenwärtigen Zahl der Planstellen ab. Für den Bereich der Gerichtsreferendare und Rechtspraktikanten der einstufigen Juristenausbildung ist Ausbildungskapazität bei Gericht, bei der Staatsanwaltschaft, bei Verwaltungsbehörden und bei Rechtsanwälten einzurichten. Bei Gerichten und Staatsanwaltschaften sind frühzeitig Kapazitätsberechnungen erstellt worden. Nach ihnen ergibt sich gegenwärtig eine Ausbildungskapazität für jährlich 100 neu aufzunehmende Studenten/Rechtspraktikanten und für insgesamt 208 Gerichtsreferendare.

Zu Frage 9:

Der Senat hat immer die Ausbildungschancen zwischen den Auszubildenden in der ein- und zweistufigen Ausbildung gleichmäßig verteilt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß Bremen sowohl in der einstufigen Juristenausbildung als auch im Bereich der Referendarausbildung eine prozentual erheblich größere Zahl von Juristen ausbildet, als es dem Bevölkerungsanteil Bremens im Vergleich zu den übrigen Bundesländern entspricht.

Zu Frage 10:

Die Zahl der Studienanfänger im Studiengang Juristenausbildung ist bekanntlich in § 10 des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes vom 21. Februar 1977 auf 100 festgeschrieben worden.

